



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

KLIMAWANDEL UND KLIMAPOLITIK

- ANALYSE
Mögliche Folgen des Klimawandels für Russland 2
Von Jörg Stadelbauer, Freiburg
 - ANALYSE
Russlands glanzlose Bilanz bei der Bekämpfung des Klimawandels 6
Von Samuel Charap, Washington DC
 - KOMMENTAR
Russische Klimapolitik, gibt es die? 12
Von Alexei Kokorin, Moskau
 - ANALYSE
Die Klimapolitik Russlands 13
Von Angelina Davydova, Moskau/St. Petersburg
 - STATISTIK
Der russische CO₂-Ausstoß im internationalen Vergleich 15
 - UMFRAGE
Die russische öffentliche Meinung zu Klimawandel und
Klimapolitik im internationalen Vergleich 16
-
- CHRONIK
Vom 7. bis zum 20. Mai 2010 19

*Die Russland-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Analyse

Mögliche Folgen des Klimawandels für Russland

Von Jörg Stadelbauer, Freiburg

Zusammenfassung

Folgt man den Überlegungen des 2007 veröffentlichten vierten Berichts des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), der in großregionaler Differenzierung die voraussichtlichen Folgen in den kommenden Jahrzehnten analysiert, wird das Ausmaß des Klimawandels davon abhängen, wie die Gesellschaft auf bereits erfolgte Veränderungen reagiert. Daher geht man heute von unterschiedlichen Szenarien aus, die gesellschaftliche Wertevorstellungen und Trends, technologische und wirtschaftliche Entwicklungen sowie Überlegungen zu regionaler Nachhaltigkeit berücksichtigen. Die Szenarien reichen von weitgehender Anpassung der Gesellschaft und maximalem Gegensteuern durch Senkung von Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß bis zu einem Szenario, bei dem der Energieverbrauch ohne Gegenmaßnahmen kontinuierlich steigt und sich die Negativfolgen des Klimawandels beschleunigen. Die Folgen des Klimawandels beziehen sich für Russland vor allem auf die Reduktion des Permafrosts und damit auf Probleme für die Infrastruktur, eine Verschiebung der Landwirtschaftszonen und neue Seewege.

Prognosen zum Klimawandel

In den kommenden Jahrzehnten gehört Sibirien – so die Vermutung in den meisten Modellrechnungen – zu den Regionen mit einem besonders ausgeprägten Temperaturanstieg: 3 bis 4°C bis zum Jahr 2030 könnten es im Norden Ostsibiriens und des Fernen Ostens sein. Allerdings gibt es auch zurückhaltendere Annahmen, die von einer eher geringen Temperaturzunahme ausgehen. Mit relativ großer Sicherheit werden in weiten Teilen Russlands die durchschnittlichen jährlichen und insbesondere die winterlichen Niederschlagssummen steigen, vermutlich wiederum am meisten in Ostsibirien. Dadurch erhöhen sich der Grundwasserspiegel und die Überschwemmungsgefahr.

Wenn die Temperaturen ansteigen, kann erwartet werden, dass sich die heutigen Grenzen oder besser Grenzsäume der Vegetationszonen polwärts verlagern. In den Worst-Case-Szenarien, die auf der Annahme eines verstärkten Energieverbrauchs bei einem Ausbleiben von Gegenmaßnahmen beruhen, rechnet man mit Verschiebungen um bis zu 1 000 km. Moderate Szenarien lassen immerhin eine Nordwärtswanderung der Grenzsäume zwischen den Landschaftszonen um 200 bis 350 km erwarten. Dadurch verringert sich vor allem das Areal der Tundragebiete im Hohen Norden Russlands, was die Zugvögel bedroht, die hier wichtige Brutgebiete haben. Ebenso gefährdet sind die Lemminge; ein Temperaturanstieg um 3 bis 4°C könnte zu einem Rückgang auf weniger als die Hälfte der heutigen Bestände führen.

Reduktion des Permafrosts

Auf nahezu 60 % des russischen Territoriums tritt heute Permafrost auf. Er entwickelte sich in den zurücklie-

genden zweieinhalb Jahrillionen, unterlag aber in seiner räumlichen Ausdehnung den Klimaveränderungen während der Kaltzeiten und Interglaziale. Während der Untergrund bis zu 200 m, maximal sogar bis 1 500 m Tiefe ganzjährig gefroren bleibt (»Dauerfrostboden«), taut eine dünne Bodenschicht an der Oberfläche bis zu wenigen Metern Mächtigkeit jahreszeitlich auf (»Auftauschicht«). Beim Auftauen wird die betroffene Erdoberfläche zu einer hochmobilen Schlammschicht, während der Untergrund fest und nahezu undurchdringlich bleibt.

In einem breiten Übergangssaum tritt Permafrost nur sporadisch auf. Gerade dieser Übergangssaum wird sich durch den Klimawandel so verschieben, dass die »Inseln« mit Niefrostboden größer werden und auch im kontinuierlichen Permafrostboden Lücken auftreten. Der diskontinuierliche Permafrostboden könnte völlig eisfrei werden, die Grenze des Auftretens von Permafrost könnte sich nach Nordosten verschieben, sodass bis etwa 2080 die Gesamtfläche des Permafrosts um 20 bis 35 % zurückgehen könnte. Die Modellrechnungen unterschiedlicher Forschungseinrichtungen weisen jedoch eine beträchtliche Streuung auf, weil sie von sehr unterschiedlichen Szenarien sowohl bezüglich der erwarteten Klimaveränderung als auch bezüglich der gesellschaftlichen Reaktion darauf ausgehen.

Schon in den zurückliegenden Jahrzehnten wuchs die Mächtigkeit der sommerlichen Auftauschicht. Dies erhöhte die Gefahr von Bodenerosion und beeinträchtigte den Anbau. Gleichzeitig fördert diese Entwicklung die bereits erwähnte polwärtige Verschiebung der Landschaftszonen, denn als Folge der Zunahme der jährlichen Auftauschicht nimmt auch die Vegetationsbedeckung in nördlicher Richtung zu. Zumindest teilweise wird die

bisherige Tundra durch Taiga ersetzt werden. Andererseits erleiden die Taigawälder verstärkt Schädigungen, wenn die Risiken von Holzbruch, Waldbrandgefahr und Insektenbefall wachsen. Die Erosionsgefahr steigt und Erdbeben bewirken eine weitere Destabilisierung des Untergrunds. Wo verbliebene Eiskörper im Boden abschmelzen, entsteht eine uneinheitliche, von mit Wasser gefüllten Senken durchzogene Hügellandschaft. Sie wird in der Wissenschaft mit dem etwas unglücklichen Namen Thermokarst bezeichnet. In diesen Gebieten besteht besonders hoher Erschließungsaufwand.

Die Reduktion von Permafrostflächen könnte Nutzungspotenziale erweitern, doch nimmt die dafür notwendige Bodenbildung so viel Zeit in Anspruch, dass zunächst die Gefährdungen überwiegen. Sie resultieren aus der tief reichenden jahreszeitlichen Mobilisierung des Untergrunds, die an steileren Hängen und an Flussschlingen zu Rutschungen führt. Ökologisch wichtige Gewässer, Moore und Sumpfgebiete können austrocknen.

Im Permafrostboden sind große Mengen an Kohlenstoff gebunden, der bei Erwärmung teilweise freigesetzt wird, teils als CO_2 , teils – und dies vor allem in den ausgedehnten Feuchtgebieten, wie sie für Westsibirien typisch sind – als Methan (CH_4). Durch den Klimawandel wird einerseits mit stärkerem Pflanzenwachstum eine höhere Kohlenstoffmenge gebunden, andererseits werden gleichzeitig aus den mächtigeren Auftauschichten höhere Kohlenstoffabgaben in die Atmosphäre erwartet. Die stärksten Zunahmen bei der Methanabgabe sind entlang der arktischen Küste, in Jakutien und in Zentralsibirien zu vermuten. Beide Gase tragen zum Treibhauseffekt in der Erdatmosphäre und damit zur globalen Erwärmung bei. Damit unterliegt die aktuelle Erwärmung in den russischen Permafrostgebieten einem Selbstverstärkungseffekt. Allerdings ist dieser sehr gering und wird auf nur $0,12^\circ\text{C}$ globale Erwärmung im Jahrzehnt geschätzt.

Folgen für die Landwirtschaft

Der Klimawandel zieht auch Folgen für die Landwirtschaft nach sich. Wenn sich die Landschaftszonen polwärts verschieben, verändern sich die Anbaumöglichkeiten für die russische Landwirtschaft, denn auch die Landnutzungszonen dehnen sich polwärts aus, sodass vordergründig das agrarische Potenzial zunimmt. In mittleren und hohen Breiten verlängert sich die Dauer der möglichen Wachstumszeit; es kann früher ausgesät und früher geerntet werden. Damit können vermehrt ertragreichere, früh reifende Sorten genutzt oder Zwischenfruchtbau betrieben werden. Nur im äußersten

Süden, etwa im östlichen Nordkaukasien und in der kaspischen Senke, dürften die durchschnittlichen jährlichen Niederschlagsmengen zurückgehen, was bei gleichzeitigem Temperaturanstieg eine Beeinträchtigung des Anbaus nach sich ziehen würde, denn es fehlt nicht nur Wasser für Regenfeldbau oder Bewässerung, sondern die weniger durchfeuchteten Böden unterliegen auch in höherem Maße der Winderosion. Möglicherweise werden sich die positiven Effekte für den Ackerbau durch die räumliche Ausweitung nach Norden und Ernteeinbußen im Süden Russlands etwa die Waage halten.

Es wird zudem erwartet, dass der Klimawandel zu einer Erhöhung der Niederschläge in weiten Teilen Russlands führt. Dies wird zwar eine Grundwasseranreicherung und größere Abflussmengen mit sich bringen, birgt aber auch die Gefahr von Überschwemmungen. Sie werden insbesondere fruchtbare Auenlandschaften betreffen. Ferner könnte die notwendige Ausweitung der Bewässerungslandwirtschaft in den besten Anbaugebieten zu regionaler Wasserknappheit führen. In weiteren Gebieten mit hohen Bodenqualitäten wird die Variabilität der Erträge von Jahr zu Jahr größeren Schwankungen unterliegen wie heute bereits in den Steppengebieten an der Wolga und im Südrural. Auch hier mögen sich positive und negative Folgen etwa ausgleichen. Aber die Wahrscheinlichkeit von Ernteaufschlägen wegen Extremereignissen im Witterungsablauf wird eher zu- als abnehmen. Da dies relativ dicht besiedelte Waldsteppen- und Steppengebiete betrifft, kann sich die Zahl der von massiven Ernteaufschlägen betroffenen Menschen von derzeit rund 50 Millionen auf 81 bis 139 Millionen erhöhen. Die Gefahr regionaler Engpässe bei der Versorgung mit Getreide, ein weit in die Geschichte zurückreichendes Phänomen, ist also trotz der räumlichen Ausweitung potenzieller Anbaugebiete nicht beseitigt.

Ferner erfordert die absehbare Expansion des Anbaus einen erhöhten Pflanzenschutz, denn mit dem trockenwärmeren Klima in den südlichen Anbaugebieten ist für die Pflanzen auch eine erhöhte Gefahr von Insektenbefall verbunden, wenn für die Schädlinge eine größere Zahl an Reproduktionszyklen möglich wird. Außerdem können sich verändernde Windsysteme die Ausbreitung von Pflanzenkrankheiten in bislang verschonte Gebiete begünstigen.

Der optimistischen Einschätzung, dass wenigstens in einzelnen Jahren höhere landwirtschaftliche Erträge erwartet werden dürfen, müssen die fortbestehenden natürlichen und ökonomischen Mängel gegenübergestellt werden: Die Ertragsmesszahlen der Böden nehmen nach Norden hin ab, die Bodenfruchtbarkeit wird geringer. Gleichzeitig würde die Ertragszunahme vor allem

marktmäßig schlechter erschlossene Gebiete betreffen, in denen eine Verbesserung der Infrastruktur erforderlich wäre. Immerhin scheint es nicht ausgeschlossen, dass dem von Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow in den 1950er Jahren mit zunächst mäßigem Erfolg eingeführten Maisanbau nunmehr größere Chancen einzuräumen sind – soweit er nicht bereits durch die Einführung angepasster Hybridvarietäten expandieren konnte.

Damit sind positive Folgen des Klimawandels für die Landwirtschaft nur nutzbar, wenn sich die landwirtschaftlichen Produktionssysteme daran anpassen. Einzelstrategien sind die Nutzung früherer Aussaattermine, eine Änderung der Bodennutzungssysteme mit Zwischenfruchtanbau, erhöhter Pestizideinsatz mit seinen Folgeproblemen für die Böden, der verstärkte Einsatz von Stickstoffdünger, der nötig wird, wenn eine höhere CO₂-Konzentration in der Atmosphäre stärkeres Pflanzenwachstum ermöglicht. Um zu verhindern, dass der aufgrund größerer Phytomasse erhöhte Kohlenstoff-Umsatz schnell wieder zu einer Anreicherung von Treibhausgasen in der Atmosphäre führt, ist es ferner sinnvoll, Kohlenstoff in der Kulturvegetation zu binden; Aufforstung und die Umwandlung von Ackerland in Dauergrünland sind zwei mögliche Optionen.

Die Nordostpassage als Zugang zu neuen Ressourcen?

Der Klimawandel könnte eine Verschiebung von Seewegen nach sich ziehen. Die kürzeste Schifffahrtsverbindung zwischen Nordatlantik und Nordpazifik bietet der Weg durch das Nordpolarmeer und seine Randmeere, doch verhindert winterlicher Eisgang die Nutzung. 1878/79 gelang es Adolf Erik Nordenskjöld erstmals mit seinem Schiff Vega, die Nordostpassage zu befahren, doch musste er den Winter im Eis nordwestlich der Beringstraße verbringen und bis zum Eisbruch im Frühjahr warten. Mit dem Klimawandel kann wärmeres Wasser aus dem Atlantik weiter nach Osten vordringen, sodass der Salzgehalt des Wassers zunimmt. Weiter östlich senken zwar die Zunahme der Niederschläge und des Zuflusses aus dem Binnenland den Salzgehalt, doch verkürzt sich die Zeit der Eisbedeckung. In der Laptev-See und Ostsibirischen See nördlich Ostsibiriens und des Fernen Ostens wird die relativ stärkere Erwärmung im zweiten Drittel des Jahrhunderts den Eisgang reduzieren.

Bereits in wenigen Jahrzehnten könnte die Nordostpassage ganzjährig schiffbar sein, wenn die geringere und kürzere Eisbedeckung mit Eisbrechern bewältigt werden kann. Allerdings gibt es Einschränkungen durch die Zunahme von Stürmen und heftigem See-

gang. Immerhin erscheint die Öffnung der Nordostpassage eine Option zu sein, wie auch die Nordwestpassage im Norden Kanadas zu den Schifffahrtsrouten der Zukunft gehören kann. Damit werden auch Ressourcen im Nordpolarmeer zugänglich, sodass der gesamte Nordpol-Raum an geopolitischem Gewicht gewinnt; 2008 versuchte die internationale Arktis-Konferenz widerstreitende Interessen abzuklären.

Folgen für die Infrastruktur im Hohen Norden

Folgen von Erderwärmung und Rückgang des Permafrosts zeigen sich auch in Bauwesen und Infrastruktur. Betroffen sind hier insbesondere die Pipelines und damit ein wichtiger Teil der Infrastruktur für den Export: Die heutigen Pipelines werden meist stark isoliert, um die Wärmeleitung zu reduzieren. Häufig wird dafür Torf verwendet, weil er die Wärme besonders schlecht leitet. Auf eine aufwendigere Konstruktion, bei der die Pipelines auf gekühlten Betonstelzen über dem Boden geführt werden, verzichtete man in Sibirien angesichts der hohen Kosten. Jetzt besteht die Gefahr, dass vor allem die vor 1990 gebauten Pipelines bei tieferem Auftauen einsinken und dann durch den Wechsel von Auftauen und Gefrieren der Umgebung unterschiedlichem Druck von oben und von den Seiten ausgesetzt werden, sodass sie im schlimmsten Falle bersten.

Eine weitere Folge könnten massive Umweltverschmutzung und Bodenkontaminierung sein, wenn Schäden an den Pipelines zunehmen. Die aufwendigere Bauweise auf Stelzen andererseits könnte die Kosten für die Erdöl- und Erdgaserschließung erhöhen und damit die Einfuhr für Abnehmerstaaten wie Deutschland verteuern.

Der Bau der Baikal-Amur-Magistrale war das umfangreichste Infrastrukturprojekt, das die Sowjetunion im Permafrostbereich ausführte. Etwa 60 bis 70 % der Trasse wurden über Permafrostboden angelegt. Mangelhafte Drainage (Entwässerung) führt jetzt schon häufig zu Verformungen des Gleisbettes; mit der globalen Erwärmung und dem tieferen Auftauen des Bodens wird die damit verbundene Gefährdung des Betriebs noch zunehmen. Ein Teil der Verkehrserschließung des Hohen Nordens beruht auf Eisstraßen. Im Winter werden über der gefrorenen und überschneiten Erdoberfläche Pisten angelegt, die mit Kraftfahrzeugen befahren werden können; mit Beginn der Tauperiode werden sie jedoch unbenutzbar. Der Zeitraum, in dem sie pro Jahr genutzt werden können, wird sich verringern, sodass die Kosten im Verhältnis zum Nutzen steigen, was wiederum alle Erschließungs- oder Versor-

gungsaufwendungen teurer werden lässt. Der Transport mit dem Flugzeug, als mögliche Alternative, ist ebenfalls deutlich kostspieliger.

Auch der Siedlungsbau muss sich auf die veränderten Permafrostbedingungen einstellen. Mit Workuta, Norilsk und Jakutsk existieren in Russland drei Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, die auf Permafrost errichtet wurden. Einfache Gebäude, die nicht auf gekühlten Betonpfeilern standen, verzogen sich rasch, wenn sie beim Auftauen und Gefrieren des Bodens in die natürliche Bodenbewegung, die Kryoturbation, einbezogen wurden. Diese Gefährdung nimmt weiter zu. Der Permafrost bot für Städte und Flusshäfen einen einigermaßen festen Baugrund, wenn die Fundamente der Anlagen unter der Auftauschicht lagen. Mit der Erwärmung geht die Fähigkeit des Untergrunds, die Last großer Gebäude zu tragen, zurück. Würden die Gebäude bisher mit einem Sicherheitsfaktor von 120 % bezogen auf 100 % Tragfähigkeit errichtet, so verringert sich diese Sicherheit in einem Ausmaß, das zu großen Gebäudeschäden oder gar Unbewohnbarkeit führen kann. Bereits 1992 wiesen 10 % der Gebäude in Norilsk, 22 % in der Hafenstadt Tiksi, 55 % in Magadan und gar 80 % in Workuta erhebliche Schäden auf, die teils auf Baumängel, teils auf die bisherigen Klimaänderungen zurückzuführen waren.

Die Gefährdung von Infrastruktur und Gebäuden tritt nicht in allen Teilen Sibiriens und des Fernen Ostens in gleichem Umfang auf. Geht man von einem mittleren Szenario in Hinblick auf die Klimaveränderungen aus, sind die Küstenbereiche und ihre Hinterländer am Nordpolarmeer und ein breiter Südsaum des aktuellen Verbreitungsgebietes von Permafrost in besonders hohem Maß gefährdet, ebenso weite Bereiche am Amur und im fernöstlichen Sichote-Alin-Gebirge, während die übrigen Bergländer zwischen dem Baikalsee und dem Ochotskischen Meer eher geringere Beeinträchtigungen erleben werden. Im Küstenbereich gehö-

ren die Häfen, die für die Nordostpassage angelegt wurden, zu den besonders gefährdeten Siedlungen. Damit relativieren sich auch die Potenziale, die sich aus der längeren Eisfreiheit dieses Seewegs ergeben.

Eine neue Dimension von Umweltbedrohung?

Die ersten Darstellungen der Umweltbelastungen in der Sowjetunion erschienen erst gegen Ende der 1980er Jahre. Die Politik von Glasnost und Perestroika unter Michail Gorbatschow machte es möglich, offen über Mängel im Umweltmanagement zu diskutieren. Ende der 1980er Jahre etablierten sich in Russland erste Umweltorganisationen, die den globalen Umweltdiskurs aufgriffen und ins Land brachten. Spätestens während der Präsidentschaft Putins sorgten allerdings administrative Bestimmungen dafür, dass die Tätigkeit dieser NGOs wieder deutlich eingeschränkt wurde. Aber auch in der Öffentlichkeit spielen die Umweltbelange eine nachgeordnete Rolle. Es hat nicht den Anschein, als würde über die aktuellen Gefahrenpotenziale so offen diskutiert, wie es der Brisanz der Probleme entspräche.

Tatsächlich muss die Frage aufgeworfen werden, inwieweit die derzeitigen Klima- und Umweltveränderungen in Russland durch Lernprozesse in der Gesellschaft abgeschwächt werden können oder ob sich die daraus resultierenden Schäden über das heutige Ausmaß hinaus erhöhen. Denn die Folgen des globalen Klimawandels bringen neue Umweltbedrohungen mit sich, die unter anderem die aktuelle Basisinfrastruktur der russischen Exportwirtschaft, das Pipelinennetz, betreffen werden. Zwar konnten die technologischen Standards nach der Auflösung der Sowjetunion verbessert und an internationale Normen angepasst werden, doch besteht hohes Gefährdungspotenzial für dieses Netz. Es bleibt abzuwarten, wie die russische Gesellschaft und insbesondere ihre politischen und wirtschaftlichen Eliten darauf reagieren.

Über den Autor

Prof. Dr. Jörg Stadelbauer ist Direktor des Instituts für Kulturgeographie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. Der vorliegende Beitrag basiert auf seinem Kapitel im neuen Länderbericht Russland der Bundeszentrale für politische Bildung, der im Herbst erscheinen wird.

Analyse

Russlands glanzlose Bilanz bei der Bekämpfung des Klimawandels

Von Samuel Charap, Washington DC

Zusammenfassung

Russlands Präsident Dmitrij Medwedew hat Reden über den Klimawandel gehalten, die ähnlich wie die seiner westlichen Kollegen klingen. Trotz Medwedews Ruf zur Tat nimmt Russland in Klimafragen allerdings keine führende Rolle ein. Vielmehr hat es sich entweder passiv verhalten oder das Thema in internationalen Gesprächen als Verhandlungsmasse benutzt. In Russland selber hat bisher weder eine erhebliche Reduzierung der CO₂-Emissionen stattgefunden noch wurde ein Programm zur Anpassung an den Klimawandel entwickelt.

Wohlklingende Reden

Präsident Dmitrij Medwedew hielt am 18. Februar 2010 vor einem Treffen mehrerer Minister und führender Berater eine vorbereitete und für einen führenden russischen Offiziellen höchst unübliche Rede zum Klimawandel. Nur zwei Monate zuvor war aus den Klimagesprächen in Kopenhagen ein Dokument hervorgegangen, das hinter den Erwartungen zurückgeblieben war, und viele Beobachter sahen das Thema Klimawandel schon weit unten auf der Prioritätenliste der internationalen Politik. Russland tat anscheinend das gleiche. Die Haltung der russischen Führung zur globalen Erwärmung hatte sich bis dahin zwischen Leugnung und Instrumentalisierung zur Stärkung der eigenen Rolle in internationalen Angelegenheiten bewegt. Dennoch präsentierte Medwedew im Gegensatz sowohl zu seinen vorherigen Äußerungen als auch zu seinem Vorgänger, dem derzeitigen Ministerpräsidenten Wladimir Putin, Grundzüge der russischen Klimapolitik, die dem Ansatz westeuropäischer Länder erstaunlich ähnlich sind:

»[Das enttäuschende Ergebnis von Kopenhagen] ist kein Grund, sich zurückzulehnen und nichts zu tun, denn wir sind für den Zustand unseres Planeten verantwortlich (...) Wir müssen heute entscheiden, wie wir das bisher Erreichte so effektiv wie möglich einsetzen können (...) und die besten Wege finden, um weniger entwickelte Länder bei der Bekämpfung der Klimabedrohungen zu unterstützen. Das neue Klimaabkommen stellt eine echte Chance für die massenhafte Einführung energiesparender und ausstoßarmer Technologie dar... Wir werden unsere Energieeffizienz verbessern und unsere Emissionen reduzieren, unabhängig davon, ob es ein internationales Abkommen gibt oder nicht. Das liegt in unserem eigenen Interesse, sowohl in ökonomischer als auch in ökologischer Hinsicht.«

Medwedew hielt die versammelten Offiziellen zur Schaffung neuer Anreize für den privaten Sektor an, damit dieser eine aktive Rolle in Bezug auf den Klima-

wandel spiele und rief in diesem Zusammenhang dazu auf, die Klimadoktrin der Regierung, eine politische Rahmenvereinbarung, die er Ende 2009 unterzeichnet hatte, gegenwärtigen Entwicklungen anzupassen und sie so zu einem »lebendigen Dokument« statt zur »heiligen Kuh« zu machen. Einen Monat später wiederholte er diese Positionen in einer Rede vor dem Sicherheitsrat, einer Institution, die aus Russlands wichtigsten Entscheidungsträgern besteht.

Medwedew hielt daran fest, dass der Klimawandel ein reales Phänomen sei, die globale Erwärmung Russlands Zukunft gefährde, Russland in der Verantwortung stehe, ihr sowohl im eigenen Land als auch auf internationaler Ebene zu begegnen, dass ein solches Vorgehen ökonomisch rentabel sei und dass alte politische Handlungsmodelle geändert werden müssten, um überhaupt Fortschritte erzielen zu können – wie etwa das Regulierungsprimat in Bezug auf die Wirtschaft oder Papiertiger-Vertragsdokumente, die kurz nach ihrer Veröffentlichung schon irrelevant würden. Die Rede ist zum einen deswegen bemerkenswert, da mit ihr eine russische Führungsperson diese Argumentation tatsächlich zum ersten Mal konsequent ausgeführt hat und zum anderen ist sie gleichzeitig erstaunlich, da sie der gegenwärtigen Realität des russischen Umgangs mit dem Klimawandel, die man wohlmeinend als glanzlos bezeichnen könnte, vollkommen zuwiderläuft. Medwedew ist in der Tat für seine großen, nach vorne gerichteten Reden bekannt geworden, von denen die meisten fantastisch klingen, und die im Allgemeinen wenig substantielle Veränderungen bewirken.

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass Medwedews Aussagen von wissenschaftlichen und ökonomischen Daten tatsächlich unterstützt werden. Es zeigt sich jedoch auch, dass Russland an der Erfüllung seiner proklamierten Ziele entweder gescheitert ist oder mit ihrer Realisierung gerade erst begonnen hat. Trotz Medwedews Aufruf zum Handeln hat Russland in Kli-

mafragen keine führende Rolle eingenommen; es hat sich vielmehr entweder passiv verhalten oder das Thema in internationalen Gesprächen instrumentalisiert. Bisher wurde kein ernsthaftes Programm zur Reduzierung der CO₂-Emission oder zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels eingeführt.

Russland und der Klimawandel

Russland war und ist für einen großen Teil aller menschlich bedingten Kohlenstoffemissionen in die Atmosphäre verantwortlich. Heute ist Russland der drittgrößte Emittent von CO₂, nach den Vereinigten Staaten und China. Noch wichtiger ist, dass Russlands Pro-Kopf-Emissionen vor dem Beginn der Wirtschaftskrise angestiegen sind und Schätzungen zufolge bis 2030 das US-Niveau erreicht haben werden. Russlands dritte Position ist umso bemerkenswerter, als seine Emissionen zwischen 1990 und 1998 – wegen des durch den Wirtschaftsabschwung nach dem Ende der sowjetischen Planwirtschaft verursachten dramatischen Einbruch des Energieverbrauchs und industrieller Produktion – um 40 % zurückgegangen sind. 2007 waren die russischen Emissionen erst wieder auf 66 % des Niveaus von 1990 angestiegen.

Russland ist nicht nur einer der Hauptverursacher der globalen Erwärmung; es ist durch die verursachten Folgen auch besonders verwundbar. Die Temperaturen steigen in Russland schneller als im Weltdurchschnitt. 2008 veröffentlichte der Russische Bundesdienst für Hydrometeorologie und Umweltbeobachtung (Rosgidromet) einen umfangreichen Bericht, aus dem hervorging, dass die Wintertemperaturen in Sibirien in den letzten 120 bis 150 Jahren um zwei bis drei Grad Celsius gestiegen sind, während die durchschnittliche globale Temperatur im gleichen Zeitraum nur um 0,7 Grad zunahm. Rosgidromets Berechnungen zeigen, dass die globale Erwärmung Russland in weit höherem Maße betreffen wird als die meisten anderen Länder.

Entgegen dem in der Gesellschaft weit verbreiteten Glauben, Russland könne wegen seiner kalten Temperaturen von der globalen Erwärmung profitieren, stellt der Klimawandel laut Weltbank eine »enorme Bedrohung für Russland« dar und wird sich dort ökonomisch wie sozial entscheidend negativ auswirken, von den potentiell verheerenden Folgen auf sein Ökosystem ganz zu schweigen. Schon jetzt erlebt Russland zunehmend mehr Hochwasser, Stürme, Hitzewellen, Waldbrände und Auftauen von Dauerfrostböden. In Jakutsk haben wegen der Schmelze von Dauerfrost eingestürzte Böden die Standsicherheit mehrerer großer Wohngebäude, eines Kraftwerks und einer Landebahn des lokalen Flughafens

beschädigt. In den 1990er Jahren stieg die Gesamtmenge der dort durch unregelmäßige Bodenabsenkung geschädigten Strukturen im Vergleich zum vorangegangenen Jahrzehnt um 61 %. Extreme Vorkommnisse wie Schneeschmelze und wärmere Temperaturen haben einen beträchtlichen Verlust an Bäumen sowie Erosion verursacht. Solche Phänomene werden sich mit steigenden Temperaturen weiter verbreiten. In Regionen mit unzeitigem Permafrost (über 60 % des russischen Territoriums) besteht ein besonders hohes Risiko; aufgrund des großen Aufkommens von Öl- und Gasinfrastruktur in diesen Regionen wird das Schmelzen soziale und wirtschaftliche Folgen haben – 93 % der Erdgas- und 75 % der Ölproduktion finden in Dauerfrostzonen statt.

In der Tat stellt der Klimawandel eine direkte Bedrohung für den Energiesektor dar, der in der Wirtschaft eine entscheidende Rolle spielt. Der größte Teil der Infrastruktur in den Förderregionen wurde auf Pfählen gebaut, die Dauerfrostböden als Fundament verwenden, so dass ihre Stabilität davon abhängt, dass der Dauerfrost nicht schmilzt. Bereits 2007 wurden im Zusammenhang mit der Schmelze von Dauerfrost und Bodenerosion in Westsibirien über 7.400 Unfälle gemeldet, bis zu 1,8 Mrd. US-Dollar werden jährlich wegen Unfällen und für den Unterhalt der Pipelines ausgegeben. Insgesamt könnte der Klimawandel laut dem Minister für Natürliche Ressourcen Juri Trutnew eine Reduzierung des BIP von bis zu 5 % verursachen, während die Kosten für die Bewältigung extremer Wettersituationen auf bis zu 2 Mrd. US-Dollar jährlich steigen könnten. Auch die öffentliche Gesundheit könnte in Mitleidenschaft gezogen werden, da die Schmelze von Dauerfrost eine Bedrohung der Wasserversorgung und der Kanalisationssysteme darstellt. Eine Abschwächung des Dauerfrosts auf Nowaja Semlja, wo sich mehrere Lagerstätten von radioaktivem Abfall befinden, könnte katastrophale Folgen haben.

Die globale Erwärmung könnte auch einige potentielle Vorteile für Russland mit sich bringen. Im Energiebereich werden zum Beispiel Offshore-Produktion und -Transport von der Reduzierung der arktischen Eisfläche, die die Schifffahrtssaison verlängern wird, wahrscheinlich profitieren. Es ist aber fraglich, ob diese Vorteile die Kosten aufwiegen, die durch die Dauerfrostschmelze entstehen. Es wird behauptet, auch die russische Landwirtschaft profitierte von wärmeren Temperaturen. Allerdings deuten Studien, die auf überaus detaillierten Modellen basieren darauf hin, dass die globale Erwärmung sich auf diesen Bereich insgesamt nicht positiv auswirken wird. Die russische Landwirtschaft ist zudem äußerst ineffizient und leidet an niedriger

Produktivität, so dass sie kaum in der Lage sein wird, aus potentiellen Erträgen auch wirklich einen Vorteil zu ziehen.

Russlands Rolle in der internationalen Klimapolitik

Trotz der zentralen Rolle Russlands sowohl als Verursacher als auch als Betroffener und trotz seiner Verwundbarkeit durch steigende Temperaturen hat Moskau beim Aufbau eines internationalen Klimaregimes häufig eine passive Rolle eingenommen und Verpflichtungen vermieden, die eine Reduzierung der eigenen Emissionen erzwingen würden. Russlands größtes Zugeständnis – die Ratifizierung des Kyoto Protokolls, als seine Unterschrift für dessen Inkrafttreten notwendig war – war hauptsächlich politischen Faktoren geschuldet und machte keine bedeutenden Veränderungen in der eigenen Politik nötig.

Russland hat zu den internationalen Bemühungen zur Kontrolle der Emissionen auch durch den schmerzlichen Wirtschaftsabschwung nach eigener Aussage »beigetragen«, den es in den 1990er Jahren erlebt hat und in dessen Folge die Emissionen sanken. So wäre es beispielsweise unmöglich gewesen, das quantitative Ziel der Annex I Länder, die Emissionen bis 2000 auf das Niveau von 1990 zu reduzieren, das das von Russland 1995 ratifizierte Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) vorsah, ohne die gesunkenen russischen Emission in diesem Zeitraum zu erreichen.

Das Kyoto-Protokoll zum UNFCCC, das bereits im Dezember 1997 verabschiedet worden war, das jedoch erst in Kraft trat, als Moskau es im Februar 2005 ratifizierte, sieht rechtlich bindende Verpflichtungen für die entwickelten Länder und einige Schwellenländer vor, darunter auch Russland; diese müssen ihre Emissionen bis 2012 an ein vereinbartes Niveau angleichen, dessen Höhe relativ zum Niveau ihrer Emissionen von 1990 bestimmt wird. Anstatt seine Emissionen unter dieses Niveau zu senken, erklärte Russland sich nur dazu bereit, das Niveau von 1990 nicht zu überschreiten. Aufgrund des postsowjetischen Rückgangs der russischen Emissionen werden diese den Stand von 1990 frühestens 2020 wieder erreichen, ohne dass dafür zusätzliche Anstrengungen notwendig sind. Im Dezember 2009 befand sich Russland 40 % unter diesem Niveau.

Moskaus Teilnahme am Kyoto-Prozess bedeutete also keinerlei zusätzliche Anstrengungen, um die dort eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Darüber hinaus konnte Russland Milliarden Dollar durch die verschiedenen flexiblen Mechanismen gewinnen, die

das Protokoll vorsah, wie etwa den Verkauf von Emissionsgutschriften. Dennoch hielt Russland seine Zustimmung sieben Jahre lang zurück.

Das Protokoll hätte ohne die Ratifizierung durch 55 Länder, die mindestens 55 % der weltweiten Kohlenstoffemissionen auf sich vereinigen, nicht in Kraft treten können. Als die erste Runde der Verpflichtung bekannt gegeben wurde, waren zwar genug Länder zur Ratifizierung des Vertrags bereit, ihre Emissionen beliefen sich aber nicht auf den Anteil der weltweiten CO₂-Emissionen, der für den Beschluss nötig war. Da die Vereinigten Staaten erklärt hatten, nicht beizutreten, war Russlands Teilnahme zum Erreichen des Ziels notwendig. Mit anderen Worten: Angesichts Russlands Anteil an der globalen Erwärmung als drittgrößter Emittent war die Zustimmung letztlich für das Inkrafttreten des Vertrags entscheidend.

Russlands Entscheidung, das Protokoll zu ratifizieren, wird häufig als Beweis für seine produktive Rolle und seinen Beitrag zu den internationalen Bemühungen zur Kontrolle der globalen Erwärmung angeführt. Moskaus Motive waren jedoch kaum altruistisch. Tatsächlich wird allgemein angenommen, dass die Europäische Union Wladimir Putin im Gegenzug zu dessen Einwilligung in die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls gewisse Zugeständnisse in den Verhandlungen über das bilaterale WTO-Beitrittsprotokoll garantierte – die letztlich auf die Zustimmung der EU zur russischen WTO-Mitgliedschaft hinausliefen.

Seit 2008 verhandelt die internationale Gemeinschaft über ein Folgeabkommen für das Kyoto-Protokoll, das einen längerfristigen Rahmen für die internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels darstellen sollte. Russlands Verhalten während dieser Phase hat deutlich gemacht, dass es durch seine Teilnahme am Kyoto-Prozess nicht zu einem Protagonisten bei der internationalen Bekämpfung des Klimawandels geworden war. In seiner Vorlage bei der UNFCCC zur Posener Vertragsstaatenkonferenz im Dezember 2008 bezeichnete Russland das Ziel einer 25- bis 40prozentigen Reduzierung im Vergleich zum 1990er-Niveau bis 2020 als »unvernünftig« und behauptete, rechtlich bindende Verpflichtungen müssten als »nicht erzwingbar, nicht sanktionierbar und zudem als flexibel« gewertet werden.

Im Juni 2009 gab Präsident Medwedew Russlands Post-Kyoto-Ziel bekannt, das er um 10 bis 15 % unter dem Niveau von 1990 ansiedelte. Das als ehrgeizig zu bezeichnen, wäre übertrieben: Es bedeutet de facto ein mögliches Wachstum der Emissionen von 30 bis 35 % im Vergleich zum Niveau von 2007 und damit eine

Beschleunigung des jährlichen Emissionswachstums. Auch die Erhöhung der Zusage auf eine Reduzierung um 20 bis 25 %, die Medwedew im Dezember 2009 machte, ist noch nicht so ehrgeizig wie sie sein könnte; unabhängige Studien haben gezeigt, dass eine Reduzierung um mindestens 30 % möglich ist. Laut dem russischen Wissenschaftler Georgi Safonow impliziert die von Medwedew gemachte Vorgabe einer 40prozentigen Reduzierung der Energieintensität bis 2020 eine größere Emissionsreduzierung als er im Rahmen der Klimagesprache zuzugestehen bereit scheint.

Die letzten multilateralen Treffen zeigen, dass Russland größtenteils ein passiver Teilnehmer an der internationalen Klimapolitik ist. Bei Treffen der Vertragsparteien des UNFCCC und anderen Klimaversammlungen, wie etwa dem Major Economies Forum (MEF), tut sich Russland vor allem durch sein Schweigen hervor. Seine Vertreter sind keine aktiven Teilnehmer, geschweige denn Wortführer in den Gesprächen. Ihre Haltung wurde von einem der führenden Klimaexperten der Regierung recht treffend zusammengefasst: »Die Lösung der Verhandlungen über den Klimawandel liegt bei den USA und China.« Russland begnügt sich mit anderen Worten damit, am Rand zu sitzen und zu warten, bis die anderen eine Vereinbarung treffen, um dann über die eigene Teilnahme zu entscheiden.

Auf der einen Seite mag das eine wohlüberlegte Strategie sein: Während die anderen Hauptemittenten debattieren und nach einem Kompromiss suchen, hat Russland völlige Manövrierfreiheit. Es kann mit einem strikten Emissionsreduzierungsziel einverstanden sein oder nicht; der Notwendigkeit, Anpassungen in den am wenigsten entwickelten Ländern zu finanzieren, zustimmen oder sie ablehnen; Flexibilitätsinstrumente akzeptieren oder ihre Anwendung weiterhin vermeiden. Auf der anderen Seite mögen rein bürokratische und politische Faktoren am Werk sein: Ohne ein deutliches Signal aus der politischen Führungsetage, dass ein ehrgeiziger Vertrag Priorität hat, ist es sehr unwahrscheinlich, dass die russischen Vertreter bei den Klimaverhandlungen auf eigene Faust die Initiative ergreifen werden. Wie es in Russland sprichwörtlich heißt: Eigeninitiative ist strafbar.

Russlands Verhalten auf der 15. Konferenz der Vertragsparteien (COP-15), die im Dezember 2009 in Kopenhagen stattfand, stellte eine kleine aber doch wichtige Abkehr von diesem Trend dar. Ziel des Treffens in Kopenhagen war es unter anderem, eine rechtlich bindende Vereinbarung über die weitere Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen und ein Arrangement zur Finanzierung der Anpassung und

Eindämmung in Entwicklungsländern zu schaffen sowie Mechanismen internationaler Kooperation bei der Emissionsreduzierung zu entwickeln. Russlands Position unter den COP-15 war angesichts seines Beitrags zur globalen Erwärmung und wegen seines Status als Kyoto-Unterzeichnerland bedeutend. Zudem hätte es, wenn es einen Ausgleich für die enorme Menge der unter Kyoto angesammelten Emissionsgutschriften gefordert hätte, ein Abkommen torpedieren oder zumindest einen funktionierenden CO₂-Markt unmöglich machen können.

In Kopenhagen veränderte sich allerdings das Engagement der russischen Führung in Sachen Klimawandel. Präsident Medwedew nahm nicht nur teil, sondern stellte ein Video zu dem Thema in den Eingangsbereich seines Blogs. Er hielt auch eine große Rede auf der Konferenz. In seiner Ansprache erklärte er, dass »Russland bereit ist, in all diesen Prozessen die aktivste Rolle zu übernehmen [sic]. Wir erkennen unseren Teil der Verantwortung an und machen ihn zum Leitfaden unserer Bemühungen.« Eine solche Rhetorik kennzeichnet eine Abkehr von seinem Vorgänger. Es ist schwer sich vorzustellen, dass Ministerpräsident Putin eine derartige Rede hielt.

Letztendlich unterschrieb Russland die so genannte Übereinkunft von Kopenhagen auf der COP-15-Konferenz, spielte jedoch bei seiner Formulierung entsprechend dem oben beschriebenen Prinzip keine prägende Rolle. Einen Durchbruch gab es jedoch in Kopenhagen: Russland sagte die Bereitstellung von Mitteln für den Copenhagen Green Climate Fund zu, der Anpassungs- und Eindämmungsaktivitäten in weniger entwickelten Ländern finanzieren wird. Bisher hatte Russland sich stets geweigert, an solchen Unterstützungsprojekten teilzunehmen.

Am 1. Februar 2010 reichte Russland seine Pläne zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen, wie sie die Übereinkunft von Kopenhagen vorsieht, ein. Dies war jedoch ein Schritt zurück: Russland verpflichtet sich zu einer Reduzierung von 10 bis 15 % unter das Niveau von 1990, die den 20 bis 25 % gegenüberstehen, die Medwedew weniger als zwei Monate vorher angekündigt hat.

Die Verpflichtung war an die Teilnahme aller großen Emittenten an einer rechtlich bindenden Vereinbarung gebunden sowie daran, dass der Absorptions-Effekt der russischen Wälder bei der Berechnung der gesamten Emissionen des Landes berücksichtigt wird. Letztere Forderung ist zu einer zentralen Priorität der internationalen russischen Klimapolitik geworden. Durchschnittlich nehmen die russischen Wälder etwa 300 Millionen

Tonnen CO₂ jährlich auf. Russland ist nun dafür, Ländern zu erlauben, aus der Forstwirtschaft stammende Emissionen nicht zu zählen, bis dieser Sektor zur Nettoemissionsquelle wird und favorisiert Berechnungsmethoden, die das »Verstecken« erwarteter gesteigener Emissionen im Forstbereich ermöglichen. Es scheinen, mit anderen Worten, neben anderen auch wirtschaftliche Motive am Werk zu sein.

Trotz des gestiegenen Engagements in Kopenhagen macht Russlands recht unambitionierte Zielvorgabe deutlich, dass das Land sich in Klimafragen nach wie vor oft passiv verhält. Es unterstreicht weiterhin, dass die russische Klimapolitik nach wie vor auf der Ansicht gründet, dass wegen der durch den postsowjetischen Wirtschaftsabschwung gesunkenen Emissionen bereits ein »Beitrag« zu den globalen Bemühungen um die Kontrolle des Klimawandels geleistet sei. Die drastischen sozialen Auswirkungen des wirtschaftlichen Abschwungs, also der »Beitrag«, werden als »Opfer« der russischen Bevölkerung im Kampf gegen die globale Erwärmung angesehen. Entsprechend sind führende russische Politiker der Ansicht, ihr Land habe das Recht, gegenüber einer Emissionsreduzierung, die sie als Bedrohung für wirtschaftliches Wachstum ansehen, eine ablehnende Haltung einzunehmen.

Klimapolitik zu Hause

Russland verfolgt keine eigenständige Klimapolitik. Die Regierung geht stattdessen davon aus, dass der Treibhausgasausstoß als Begleiterscheinung politischer Entscheidungen und Maßnahmen im Energiesektor, in der Industrie, der kommunalen Wärmeversorgung, der Forstwirtschaft und anderen Bereichen sinken wird. Nachrangige Auswirkungen anderer Programme und Maßnahmen sind demnach Russlands höchste Annäherung an eine »Klimapolitik«.

Deshalb machte Präsident Medwedew in Sachen Klimapolitik einen Riesenschritt nach vorne, als er im Dezember 2009 am Vorabend seiner Abreise nach Kopenhagen die Russische Klimadoktrin unterzeichnete. Diese Doktrin stellt den ersten Versuch einer Institutionalisierung der Klimapolitik dar. Sie erkennt unter anderem die negativen Auswirkungen des Klimawandels an, konstatiert die Notwendigkeit, die Konsequenzen wirtschaftlicher, sozialer und anderer politischer Entscheidungen für das Klima zu berücksichtigen und legt Eindämmungs- und Anpassungsmaßnahmen dar, die den potentiell durch Dauerfrostschmelze, kollabierende Infrastruktur und sich von Süden Richtung Norden verbreitende Krankheiten entstehenden Schaden begrenzen könnten.

Dennoch ist die Doktrin kein angemessener Rahmen zur Gestaltung der Politik. Sie legt keine konkreten Eindämmungs- und Anpassungsziele fest, auch keine Mechanismen zur Umsetzung und keinen Rahmen für die internationale Kooperation. Das Dokument legt außerdem weit mehr Wert auf Anpassung als auf Eindämmung. Kristin Jørgensen von der Bellona Foundation nannte die Doktrin einen »Aufruf, in Deckung zu gehen«. Die Doktrin betreibt zu weiten Teilen Augenwischerei, indem sie nämlich den Anschein erweckt, die russische Regierung würde sich wirklich um den Klimawandel kümmern, ohne dabei jedoch ein Programm zu entwerfen, das sich als echter und ernsthafter Versuch erweist, ihm zu begegnen. In diesem Sinne gab Medwedew beim Treffen des Sicherheitsrats im März 2010 eine Anweisung an die Regierung, derzufolge »ein Maßnahmenpaket zur Umsetzung [der Klimadoktrin bis zum 1. Oktober 2010] verabschiedet« und »die entsprechenden notwendigen Gesetze und Regularien verfasst werden« sollen. Es wird sich zeigen, ob das Kabinett diese Aufgabe ernst nimmt.

Die Politik des Klimawandels

Wie dargestellt, hatte Klimapolitik keinen hohen Stellenwert für die russische Regierung. Russland zeigte keine Neigung, internationale Klimagespräche einzuleiten und hat auch im eigenen Land keine bedeutenden Schritte unternommen, um den Klimawandel einzudämmen oder seinen Auswirkungen zu begegnen. Diese Haltung könnte auf die andauernde Skepsis der Eliten bezüglich der anthropogenen Natur des Klimawandels und bezüglich der Schädlichkeit der globalen Erwärmung für Russland zurückzuführen sein. 2003 machte der damalige Präsident Putin die berühmte geistreiche Bemerkung, »für ein nördliches Land wie Russland wäre es gar nicht schlecht, wenn es zwei oder drei Grad wärmer würde,« da »wir weniger für Pelzmäntel ausgeben müssten« und »unsere Getreideproduktion zunehmen würde.« Jüngste Aussagen, wie der Kommentar von Sergej Mironow, dem Sprecher des Föderationsrats, der oberen Parlamentskammer, dass »die Bedeutung der Treibhausgasemissionen auf das Klima noch nicht ausreichend erforscht wurde«, und das Kyoto-Protokoll daher wenig Bedeutung habe, zeigen, dass diese Einschätzungen nach wie vor vorhanden sind, auch wenn sich der Ton in der oberen Führungsetage verändert hat. (Mironow behauptete außerdem, es sei ein Prozess globaler Abkühlung im Gange und zitierte die Gemälde der niederländischen Meister von strahlenden Landschaften als Beweis dafür.)

Klimaskeptizismus ist in der russischen Gesellschaft und auch in gewissen Teilen der russischen Wissenschaft in der Tat weit verbreitet und entsprechend verschafften sich die Skeptiker in den Wochen vor und während der COP-15-Konferenz teilweise auch Gehör. Anfang November 2009 sendete der staatliche russische Kanal 1 eine Dokumentation mit dem Titel »Eine Geschichte der Täuschung: die globale Erwärmung«, deren Ziel es war, zu zeigen, dass der Zusammenhang zwischen menschlichen Aktivitäten und dem Klimawandel durch eine Verschwörung der Medien produziert wurde. Der Hauptteil einer Dezemberausgabe des renommierten politischen Magazins *Komersant-Wlast* widmete sich dem Klimaskeptizismus, wobei ein Artikel behauptete, es handle sich bei den Bemühungen, dem Klimawandel zu begegnen, in Wirklichkeit um einen Deckmantel für die Subventionierung eigener Wirtschaftsinteressen, der von Wissenschaftlern, alternativen Energieunternehmen und korrupten Entwicklungsländern geschaf-

fen werde. In der Woche vor der COP-15-Konferenz veröffentlichte das Institut für Ozeanographie der Russischen Akademie der Wissenschaften einen Bericht, demzufolge menschliches Handeln kein hauptsächlich auslösender Faktor des Klimawandels ist, während der Direktor des Forschungsinstituts des Energieministeriums die globale Erwärmung der Verlangsamung der Erdrotation zuschrieb.

Vielleicht ist es eine Folge dieser Paukenschläge der Pseudowissenschaft, dass nur 40 % der Russen den Klimawandel für ein ernstzunehmendes Thema halten, im Vergleich etwa zu 70 % der Türken. Außerdem gibt es gegenüber ökologischen Problemen eine chronische Ignoranz im Land. Angesichts des mangelnden öffentlichen Drucks und der Dominanz des Klimaskeptizismus kostet es den Kreml politisch nichts, den Klimawandel weiterhin als wenig relevantes Thema zu behandeln.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Samuel Charap ist Fellow beim Programm für Nationale Sicherheit und Internationale Politik am Center for American Progress.

Der vorliegende Beitrag zieht Material aus einem Kapitel heran, das der Autor gemeinsam mit Georgi Safonow für Anders Åslund, Sergei Guriev and Andrew Kutchins (Hrsg.), *Russia after the Global Economic Crisis* (Washington: Peterson Institute for International Economics and the Center for Strategic and International Studies, 2010, noch unveröffentlicht) geschrieben hat.

Lesetipps: Dokumente zum Thema

- Anisimov, Oleg, ed., *Osnovnye prirodnye i sozialno-ekonomitscheskie posledstwija ismenenija klimata v raionach rasprostraneniya mnogoletnemerslych porod: prognos na osnove sintesa nabljudenij i modelirovanija* [The Main Environmental and Socio-Economic Consequences of Climate Change in Regions with Widespread Permafrost: A Prognosis Based on a Synthesis of Observation and Modeling] (evaluation report, Greenpeace Russia, November 2009), www.greenpeace.org.
- Climate Doctrine of the Russian Federation, <http://eng.kremlin.ru>
- Cline, William R., *Global Warming and Agriculture: Impact Estimates by Country* (Washington: Petersen Institute for International Economics, 2007), 59.
- Medwedew, Dmitrij, Opening remarks at Meeting on Climate Change, February 18, 2010, <http://eng.kremlin.ru> (heruntergeladen am 20.02.2010).
- UNFCCC, *Quantified Economy-Wide Emissions Targets for 2020 for Annex I Parties*, <http://unfccc.int>.
- World Bank, *Adapting to Climate Change in Europe and Central Asia* (Washington, June 2009), www.worldbank.org.
- World Wildlife Foundation Russia, *Climate Change Impacts in the Russian Arctic: Searching for Ways for Adaptation*, 2009, www.wwf.ru

Kommentar

Russische Klimapolitik, gibt es die?

Von Alexei Kokorin, Moskau

Wenn Sie diese Frage der Moskauer Bevölkerung stellen, dann werden Sie auf Erstaunen stoßen. Welche Politik? Welches Klima? Wir wissen doch nicht, warum es sich ändert. Wenn Sie offizielle, über die Klimapolitik der EU und anderer Länder informierte Vertreter darüber befragen, werden diese Ihnen zurecht antworten, dass Russland einige Bausteine der Klimapolitik erarbeitet hat und wir am Anfang des Weges sind.

Russland verfügt über eine Klimadoktrin, die während der internationalen Klimakonferenz in Kopenhagen vom russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew unterschrieben wurde. Dort wird eindeutig vom Menschen als Verursacher des Klimawandels gesprochen und die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit und der Reduzierung der Treibhausgase festgestellt, jedoch ohne Hinweise auf verbindliche Vorgaben und Kennzahlen. Russland verfügt über einen eigenen »IPCC-Bericht« (d.h. eine Bestandsaufnahme für das International Panel on Climate Change) – ein zweibändiges solides Werk (dessen dritter Band zur Wirtschaft fehlt). Es handelt sich dabei um die wissenschaftliche Fundierung einer Klimapolitik, wobei klar und deutlich von den negativen Auswirkungen und der Notwendigkeit zu Handeln geschrieben wird.

Im März 2010 fand eine Sitzung des russischen Nationalen Sicherheitsrates zum Thema »Maßnahmen zur Vorbeugung der Bedrohung der nationalen Sicherheit durch globale Klimaveränderungen« statt, auf der der russische Präsident feststellte: »Ich möchte, dass die Regierung das vorgesehene Maßnahmenbündel zur Umsetzung der Klimadoktrin bis zum 1. Oktober dieses Jahres bestätigt und die erforderlichen Rechtsakte ausarbeitet. Diese Aufgabe gebe ich der Regierung.« Der Präsident erklärte auch, dass während der Umsetzung der Klimadoktrin auch nationale Programme zur Reduzierung des anthropogenen Einflusses auf das Klima ausgearbeitet und umgesetzt werden sollen.

Über den Autor

Aleksej Olegowich Kokorin ist seit 2000 Leiter des Programms »Klima und Energie« des WWF Russland. Davor arbeitete er 15 Jahre im wissenschaftlichen Institut für globales Klima und Ökologie der Russischen Akademie der Wissenschaften und Rosgidrometa. Seit 1993 nimmt an den internationalen Klima-Verhandlungen teil.

Im Text zitierte Dokumente:

- Klimadoktrin: <http://www.kremlin.ru/acts/6365>
- ICPP-Bericht: www.climate2008.igce.ru
- Klimarede Medwedews auf dem Nationalen Sicherheitsrat (März 2010): <http://www.scrf.gov.ru/news/536.html>

Es wurde bestätigt, dass die russischen Emissionen von Treibhausgasen 2020 um 25 % unter dem Wert des Referenzjahres 1990 liegen sollen. 2008 waren die Emissionen 32 % niedriger. Für die vorgesehene Reduzierung bis 2020 muss »nur« die geplante Reduzierung der Energieintensität des BIP (2007–2020) erreicht werden. Leider hat Russland eine umfangreiche Erfahrung mit dem Nichteinhalten von Plänen. Daher ist der Plan kein Erfolg, sondern ein Aufruf – ein Ziel, das zu erreichen ist. Dafür wurde bereits einiges getan. Jedoch geht es in 90 % der Fälle um Energieeffizienz und nicht um das Klima. Was kommt dabei heraus?

Eine Klimapolitik in Russland existiert, aber nur als Doktrin. Maßnahmen sogar umfangreiche werden auch durchgeführt, aber nur als Nebenprodukt der Energiepolitik. Ein Verständnis für das Problem existiert auch, jedoch nur bei hochrangigen Politiker, offiziellen Vertretern und Ökologen. Sowohl die Bevölkerung als auch die Massenmedien haben kein Verständnis dafür. Im Gegensatz zu Europa ruft in Russland bei der Klimapolitik nicht die Bevölkerung die Politiker zum Handeln auf, sondern die Politiker fordern in Reaktion auf Wirtschaftsprobleme die Bevölkerung zum Klimaschutz auf. Ein großer Teil der Bevölkerung und der Massenmedien zeigt kein Verständnis für das Problem und hält es für ausgedacht.

Genau hier wird die Hilfe der EU auf allen Ebenen benötigt: als politische Unterstützung, als Finanzierungsquelle für Aufklärungsmaßnahmen und -projekte, mit direkter Hilfe beim Kampf mit Skeptikern und Verleugnern der anthropogenen Ursachen des Klimawandels. Ohne ein allgemeines Verständnis des Problems bei Bevölkerung, Wirtschaft und Massenmedien ist es sinnlos, von Russland eine »grünere« Klimapolitik zu fordern.

Übersetzung aus dem Russischen: Lina Pleines

Analyse

Die Klimapolitik Russlands

Von Angelina Davydova, Moskau/St. Petersburg

Zusammenfassung

Im vergangenen halben Jahr hat die russische Klimapolitik einschneidende Veränderungen erfahren. Das Thema Klimaschutz begann eine spürbar größere Rolle sowohl auf der Agenda der russischen Politik wie auch in den russischen Medien und in der Gesellschaft zu spielen. Die russische Führung brachte konkrete Zahlen zu eigenen Verpflichtungen und Forderungen für eine Kyoto-Nachfolge-Vereinbarung ein. Zudem wurden endlich – kurz vor Auslaufen des Kyoto-Protokolls – in Russland einige wirtschaftliche Mechanismen des Vertrags in Gang gesetzt.

Kopenhagen als Wendepunkt

Die UN-Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen ist für die russische Klimapolitik zu einem Meilenstein geworden. Während man bis zum Dezember 2009 von einer russischen Klimapolitik fast nicht sprechen konnte – das Thema existierte weder in den politischen noch in den gesellschaftlichen Diskursen –, so änderte sich dies unmittelbar vor und während der Konferenz in Kopenhagen erheblich.

Schon in den Monaten vor Kopenhagen begannen die Politiker davon zu sprechen, dass vom Klimawandel eine reale Gefahr für die russische Wirtschaft ausgehe und entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet werden müssten. Im November 2009 wurde ein Gesetz über Energieeffizienz verabschiedet. Zudem unterschrieb Präsident Dmitrij Medwedew genau in den Tagen der Kopenhagen-Konferenz eine Klimadoktrin der Russischen Föderation, die zahlreiche politische und ökonomische Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen und zur Anpassung des Landes an die Klimaveränderungen vorsieht. Seit Anfang 2010 werden auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen Schritte zur Umsetzung der Doktrin erarbeitet und diskutiert.

Allerdings stellen etliche russische Politiker, darunter der Vorsitzende des Oberhauses des russischen Parlaments, Sergej Mironow, weiterhin das Problem des Klimawandels an sich in Frage und bezweifeln grundsätzlich den Sinn einer russischen Klimapolitik. Unverändert bleibt auch die Position eines Teils der russischen Wissenschaftler, die entweder die Existenz eines Klimaproblems ganz bestreiten oder die den Einfluss des Menschen auf die Klimaveränderungen und die Möglichkeit zu einer Korrektur der Klimaentwicklung auf der Erde in Abrede stellen.

Deutlich gewandelt hat sich dagegen die Einstellung der Medien. Seit der Kopenhagen-Konferenz zeigen die russischen Massenmedien spürbar mehr Interesse an dem Thema Klimaschutz. Naturgemäß erreichte

dies während der Konferenz selbst einen Höhepunkt. Doch auch danach tauchte das Thema immer wieder in den russischen Zeitungen und Zeitschriften auf – viele Redaktionen veröffentlichten Sonderseiten oder Beilagen zum Umwelt- oder Klimaschutz und verfolgen die Nachrichten auf diesem Gebiet weiter.

Kyoto-Nachfolgeverhandlungen

In Bezug auf eine neue Kyoto-Nachfolgevereinbarung vertritt Russland derzeit eine recht konstruktive Position, jedoch verbunden mit einigen Bedingungen. Insbesondere wendet sich die russische Regierung kategorisch gegen eine automatische Verlängerung des Kyoto-Protokolls. Diese Haltung bekräftigte Ministerpräsident Wladimir Putin erneut auf dem Ostsee-Gipfel im Februar 2010 in Helsinki. Auch besteht Russland auf einer Vereinigung der beiden Verhandlungsstränge LCA (Long-term Cooperative Action zum Uno-Rahmenvertrag) und KP (zum Kyoto-Protokoll) und verlangt, dass die Schwellenländer in die Kyoto-Nachfolgevereinbarung unbedingt mit Verpflichtungen eingebunden werden müssten.

Außerdem agiert Russland ziemlich offensiv auf den internationalen Verhandlungen zu Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) und verlangt dabei, die Waldressourcen des Landes bei der Berechnung der Emissionen zu berücksichtigen. Eine weitere Forderung besteht darin, ungenutzte Emissionsquoten aus der Kyoto-Vertragslaufzeit auf die Zeit nach Auslaufen des Protokolls übertragen zu können. Im Grunde versucht Russland damit, ungenutzte Verschmutzungsrechte für sich »aufzubewahren« und für seine künftige Entwicklung einzusetzen. Diese Position hat heftige Proteste russischer Umweltschützer ausgelöst. Sie fordern Russland dazu auf, auf die Kyoto-Quoten zu verzichten und eine Entwicklung hin zu einer Wirtschaft mit niedrigem Verbrauch an fossilen Brennstoffen (low-carbon economy) einzuleiten.

Bezüglich einer konkreten Senkung von Treibhausgasemissionen hatte Russland auf der Konferenz in Kopenhagen angeboten, den Ausstoß – in Abhängigkeit von den weiteren Vertragsbedingungen – um 15 bis 25 % bis zum Jahre 2020 gegenüber dem Niveau von 1990 zu verringern. Aus Sicht der Umweltschützer läuft dieses Ziel jedoch auf eine Ausweitung der Emissionen im Vergleich zu deren heutigem Umfang hinaus – denn derzeit hat Russland seine Verpflichtungen nach dem Kyoto-Protokolls »übererfüllt«. Der Emissionseintrag des Landes bei Klimagasen liegt aktuell um 38 % niedriger als 1990. Ein Großteil dieser Senkungen geht jedoch darauf zurück, dass Russland in den 1990er Jahren – wie zahlreiche Staaten Osteuropas – einen starken Einbruch seiner Industrieproduktion erlitt und stattdessen verstärkt Dienstleistungsstrukturen entstanden sind.

Als Zielvorgabe bei der Emissionsreduktion bis zum Jahr 2050 nannten Präsident Dmitrij Medwedew und weiterer russische Vertreter Beträge um minus 50 % gegenüber dem Niveau von 1990. Bereits zuvor war verkündet worden, die Energieeffizienz in der russischen Wirtschaft solle bis zum Jahr 2020 um 40 % steigen. Wachsen solle auch der Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch des Landes – allerdings gerade mal auf 4 % des Gesamtverbrauchs bis zum Jahr 2020.

Intensivierte Beteiligung an den Mechanismen des Kyoto-Protokolls

Seit der Kopenhagen-Konferenz hat Russland überdies seine Beteiligung an den Mechanismen des Kyoto-Protokolls intensiviert. Dies betrifft vor allem die Veräußerung ungenutzter Emissionsquoten aus der Laufzeit des Protokolls, aber auch den Start gemeinsamer Joint Implementation-Projekte. Nach Angaben des Beauftragten für die Auswahl solcher Projekte in Russland, der Sberbank, befinden sich derzeit 39 Vorhaben in der Prüfung, durch die insgesamt eine Emissionssenkung bei Treibhausgasen um 74,7 Mio Tonnen CO₂ zwischen 2009 und 2012 erreicht werden soll. Noch im Mai soll verkündet werden, welche Projekte bewilligt worden

sind. Das größte Potential dafür liegt im Bereich der Energieeffizienzsteigerung, aber auch in der Nutzung von Fackelgas aus der Erdölförderung (nach einer Studie im Auftrag der Weltbank von 2008 werden in Russland jährlich bis zu 50 Mrd. Kubikmeter Fackelgas verbrannt, das so einen erheblichen Anteil an den russischen Treibhausgas-Emissionen darstellt).

Ausblick

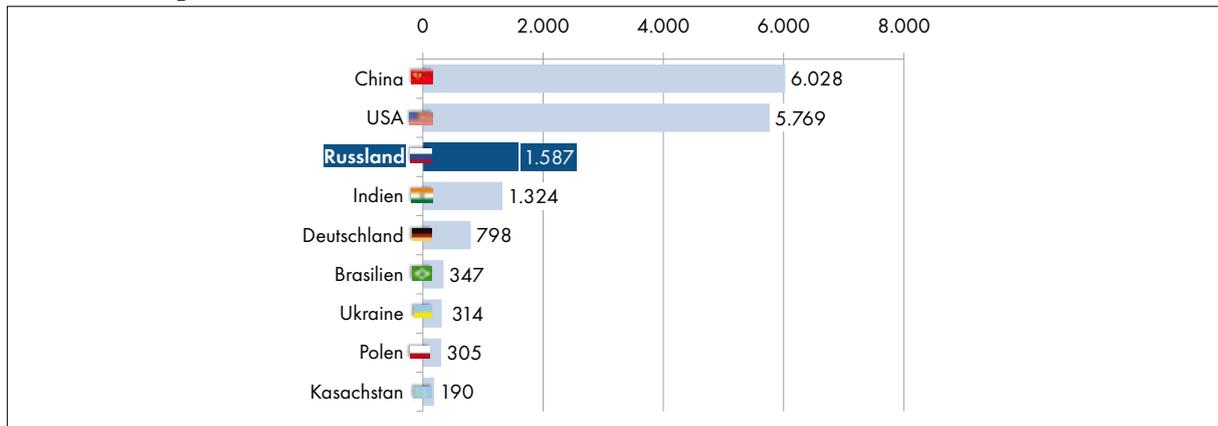
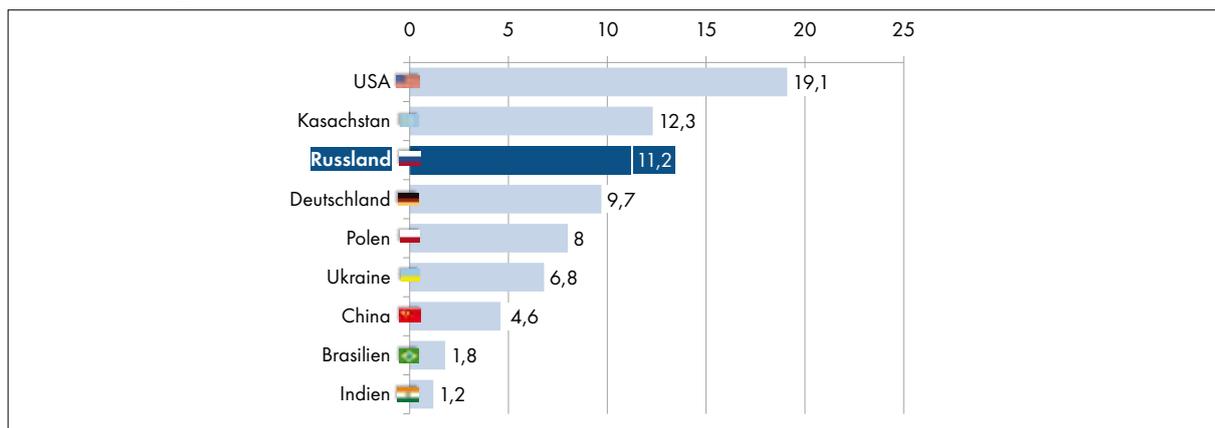
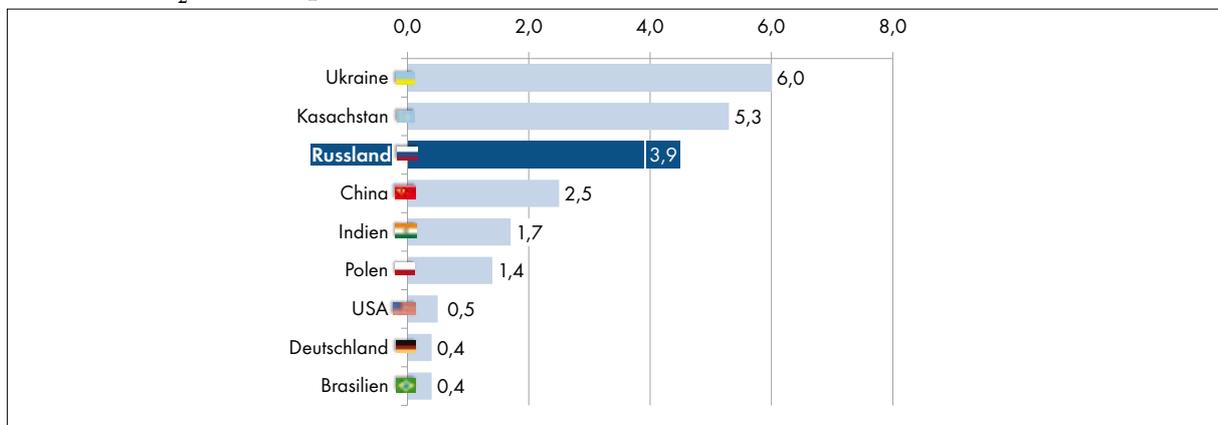
Die bevorstehenden Verhandlungsrunden im Rahmen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) können durchaus gewisse Korrekturen in der russischen Position bewirken, allerdings wohl nur unwesentliche. Für Russland ist es heute von zentraler Bedeutung, mit der realen Umsetzung der Pläne zur Steigerung der Energieeffizienz auf allen Ebenen des Landes – von der föderalen bis zur lokalen – zu beginnen und zugleich unter Beweis zu stellen, dass das Land einen nachhaltigen Weg bei der Gestaltung der Klimapolitik und den Maßnahmen zu ihrer Realisierung eingeschlagen hat.

Bisher reagiert Russland bei den Klimaschutzverhandlungen insgesamt eher auf Anstöße von außen, als selbst eine führende Rolle einzunehmen. Vermutlich könnte das Land sein Gewicht in den weltweiten Klimaschutzverhandlungen deutlich vergrößern, wenn es aktiver zu einer Einbindung der übrigen postsowjetischen, vor allem der zentralasiatischen, Staaten beitragen würde. In der aktuellen Wirtschaftskrise, in der viele klimapolitisch bisher führende Staaten Zurückhaltung zeigen, hat Russland gute Chancen, einen vorderen Platz im »Verhandlungsranking« zu erarbeiten. Dies wird jedoch nur gelingen, wenn die russische Regierung im eigenen Land eine konsistente, transparente und nachhaltige Klimaschutzpolitik verfolgt, die frei von Schwankungen im Interesse einzelner Lobbygruppen ist und von einer klar formulierten, offenen und verständlichen Politik im internationalen Rahmen flankiert wird.

Übersetzung aus dem Russischen: Stefan Melle

Über die Autorin

Angelina Davydova ist Journalistin, Klimaexpertin und Projektmanagerin in Moskau und St. Petersburg. Derzeit betreut sie ein Fortbildungsprogramm zum Klimaschutz für russische Journalisten im Rahmen des Deutsch-Russischen Büros für Umweltinformation des Deutsch-Russischen Austausch (DRA).

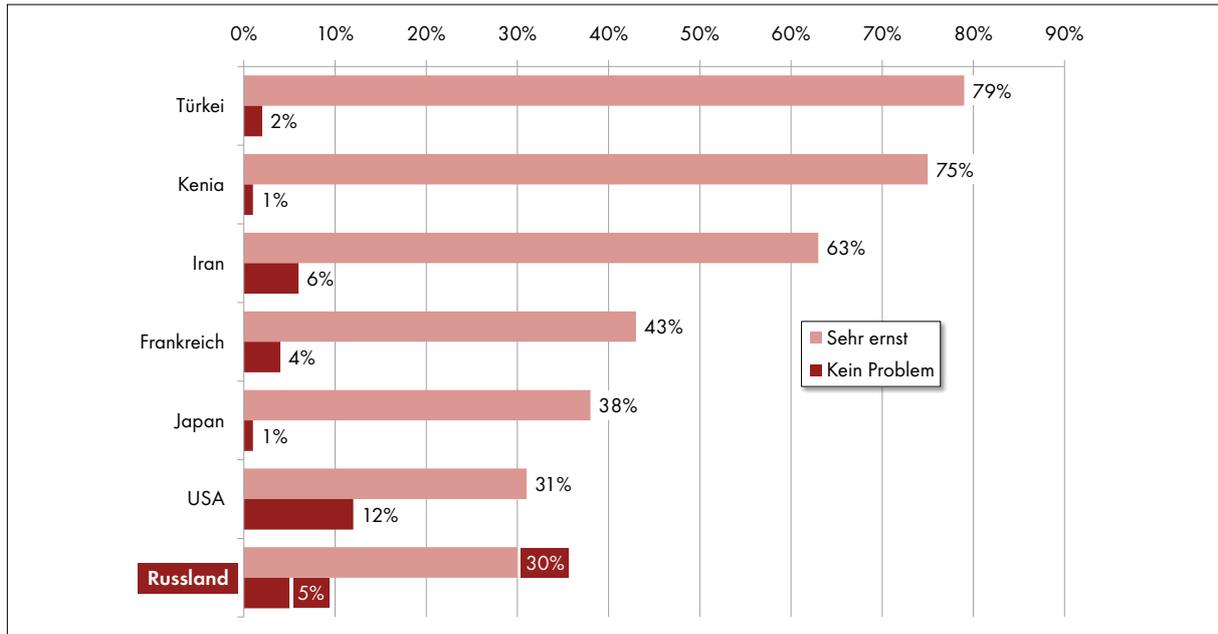
Statistik
Der russische CO₂-Ausstoß im internationalen Vergleich
Grafik 1: CO₂-Ausstoß in absoluten Zahlen (Mio. Tonnen, 2007)

Grafik 2: CO₂-Ausstoß pro Kopf (Mio. Tonnen, 2007)

Grafik 3: CO₂-Ausstoß pro BIP-Einheit (Mio. Tonnen, 2007)


Quelle: International Energy Agency: Key World Energy Statistics 2009, S.48–57,
http://www.iea.org/textbase/nppdf/free/2009/key_stats_2009.pdf

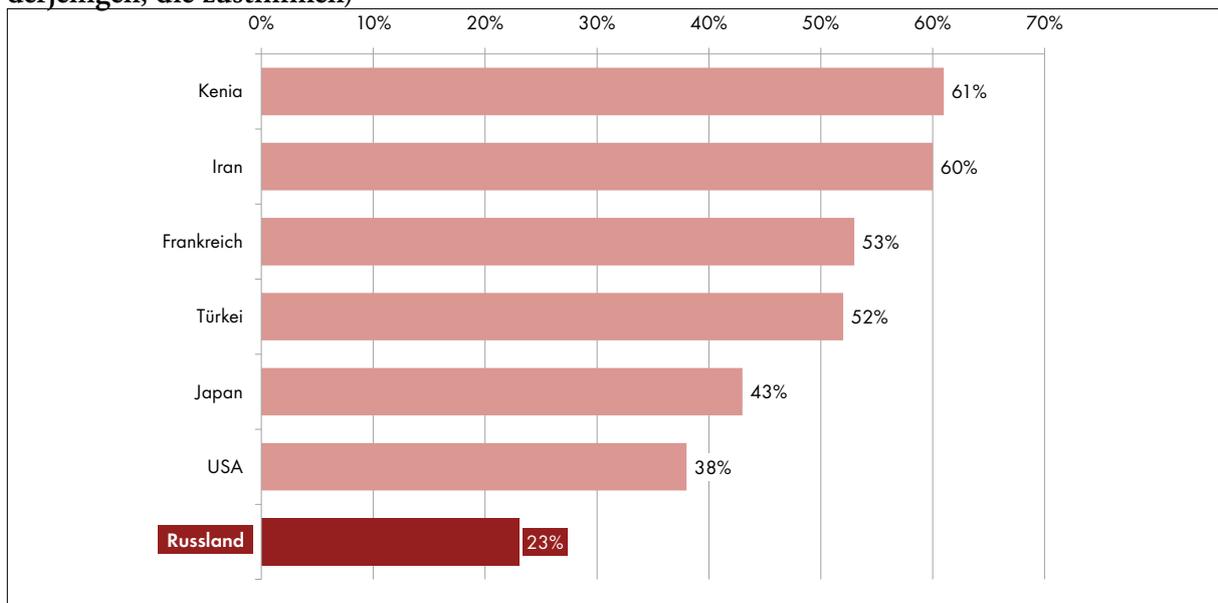
Umfrage

Die russische öffentliche Meinung zu Klimawandel und Klimapolitik im internationalen Vergleich

Ist der Klimawandel, auch als globale Erwärmung bezeichnet, ein sehr ernstes Problem, etwas ernst, nicht allzu ernst, oder kein Problem? (Prozentzahlen für »sehr ernst« und für »kein Problem«)

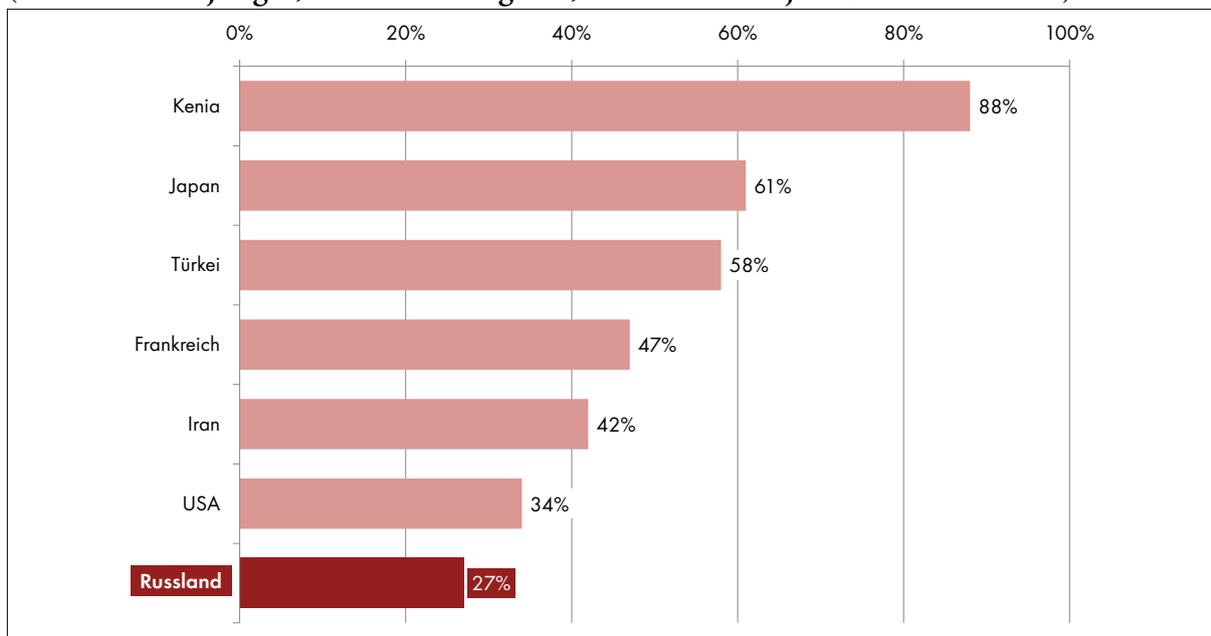


Ist es Ihr Eindruck, dass die meisten Wissenschaftler der Welt der Meinung sind, dass der Klimawandel ein dringendes Problem ist und genug bekannt ist, um zu handeln? (Prozentzahlen derjenigen, die zustimmen)

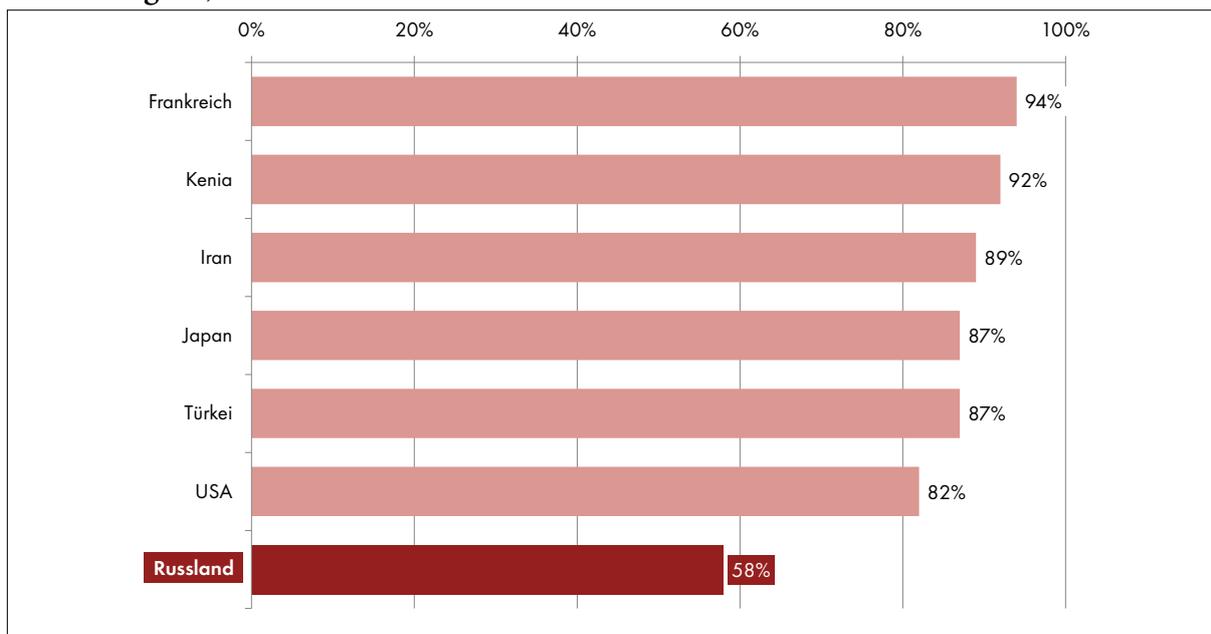


Quelle: repräsentative Umfragen von WorldPublicOpinion.Org vom September und Oktober 2009, www.worldbank.org/wdr2010/climatepoll

Wann, glauben Sie, wird der Klimawandel Menschen in Ihrem Land beträchtlich schaden?
(Prozentzahl derjenigen, die der Meinung sind, dass »Menschen jetzt Schaden nehmen«)

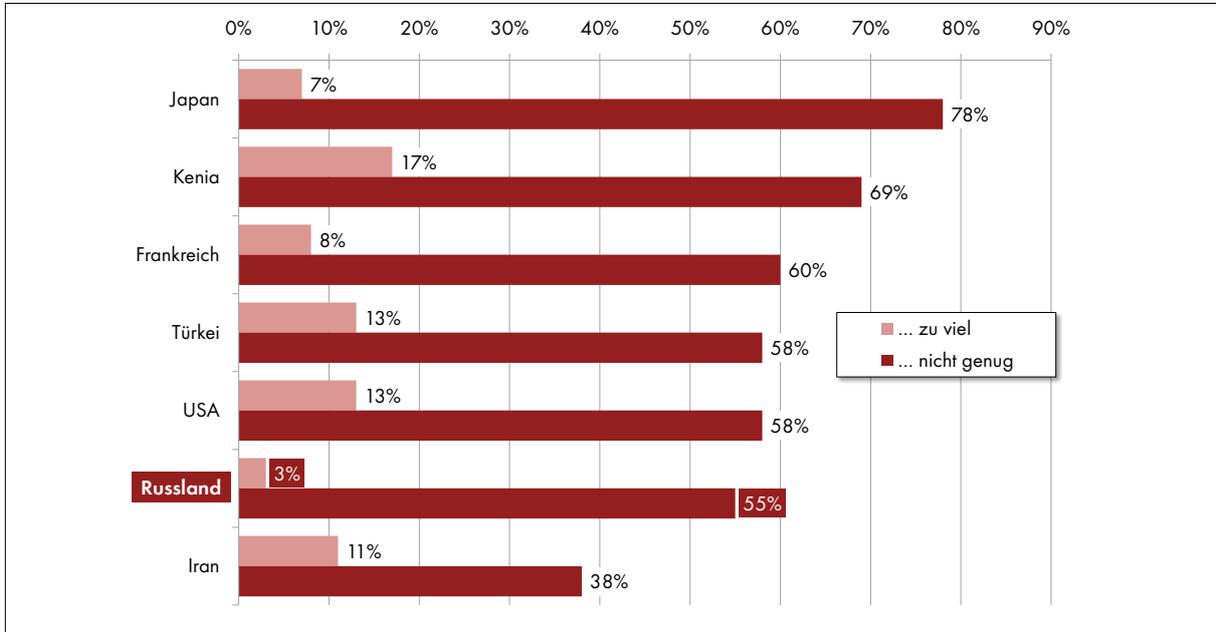


Meinen Sie, dass Ihr Land die Verantwortung hat oder nicht, Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel zu bekämpfen? (Prozentzahlen derjenigen, die der Meinung sind, dass es die Verantwortung hat)



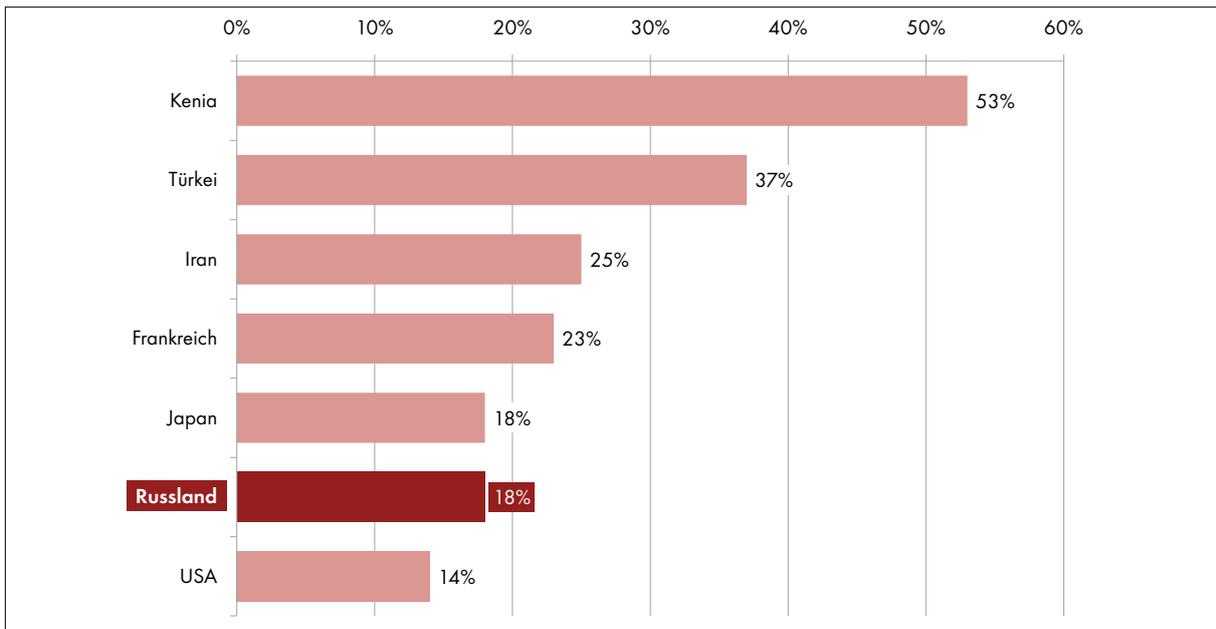
Quelle: repräsentative Umfragen von WorldPublicOpinion.Org vom September und Oktober 2009, www.worldbank.org/wdr2010/climatepoll

Um den Klimawandel zu bekämpfen, tut Ihre Regierung Ihrer Meinung nach ...



Anm.: Übrige Antworten für »in etwa genug« bzw. »weiß nicht«.

Stimmen Sie folgender Aussage uneingeschränkt oder eher zu oder lehnen Sie sie eher oder uneingeschränkt ab: Dem Kampf gegen den Klimawandel sollte Priorität eingeräumt werden, auch wenn dies zu einem verlangsamten Wirtschaftswachstum und dem Verlust von Arbeitsplätzen führt? (Prozentzahl derjenigen, die uneingeschränkt zustimmen)



Quelle: repräsentative Umfragen von WorldPublicOpinion.Org vom September und Oktober 2009, www.worldbank.org/wdr2010/climatepoll

Chronik

Vom 7. bis zum 20. Mai 2010

07.5.2010	Bei der Explosion eines Sprengsatzes auf dem Bahnhof von Derbent (Dagestan) stirbt eine Frau. Sieben weitere Personen, darunter drei Polizeiangehörige, werden teils schwer verletzt.
08.5.2010	Bei zwei aufeinanderfolgenden Methangas- und Kohlestaubexplosion in Russlands größter Kohlegrube »Raspadskaja« bei Kemerowo, in der sibirischen Kohleregion Kusbass, werden in der Nacht zum 9. Mai 90 Grubenarbeiter getötet. 71 weitere werden verletzt.
09.5.2010	Russlandweit finden anlässlich des 65. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg in verschiedenen Städten Feierlichkeiten statt, an denen über 102.000 Soldaten und 12.000 Musiker teilnehmen. In Moskau marschieren 10.500 russische und 1.000 Soldaten der Verbündeten im Zweiten Weltkrieg (letzteres ein Novum) über den Roten Platz, ferner 161 Militärfahrzeuge. U. a. werden Pantsir-S1 und S-400 Luftabwehr-Systeme sowie die Interkontinentalrakete Topol-M präsentiert.
10.–11.5.2010	Bei seinem Staatsbesuch in Syrien unterzeichnet Dmitrij Medwedew eine Liefervereinbarung über Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29, Flugabwehrsysteme Pantsir-S1 sowie Panzerabwehrraketen. Israel reagiert beunruhigt auf diese Vereinbarung, zumal Syrien der Weitergabe der Waffen an die Hisbollah-Miliz im Südlibanon verdächtigt wird.
11.5.2010	Die durch einen Erdbeben Ende April beschädigte Gaspipeline »Nordkaukasus – Transkaukasus« liefert nach Reparatur wieder Gas nach Armenien.
12.5.2010	Präsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet bei seinem Staatsbesuch in der Türkei weitreichende Vereinbarungen mit einem Investitionsvolumen von US\$ 25 Mrd. Neben Visaerleichterungen, dem Bau eines Atomkraftwerks, der Samsun-Ceyhan Ölpipeline sowie dem Kampf gegen den Drogenhandel kann Russland jedoch keine Zustimmung für den Bau der Gaspipeline <i>South Stream</i> durch das Schwarze Meer erzielen.
12.5.2010	Die Staatsduma lehnt einen Gesetzesentwurf zur Besteuerung von Luxusgütern in erster Lesung ab. Vorgesehen war eine Besteuerung in Höhe von 1–5 %.
12.5.2010	Sergej Hadshikurbanow, ehemaliger Milizionär und einer der Angeklagten im Mordfall Anna Politkowskaja, wird wegen der Erpressung des Hauptzeugen im Verfahren zu acht Jahren Lagerhaft verurteilt.
12.5.2010	In der Republik Karatschajewo-Tscherkessien wird der Präsidentenberater Fral Schebzuchow ermordet. Schebzuchow war wichtigster Kandidat für das Amt des Regierungschefs in der Republik.
12.5.2010	Michail Prochorow, russischer Milliardär, übernimmt 80 % der Aktien-Anteile des US-Basketball-Clubs New Jersey Nets.
13.4.2010	In der Region Sergokalinsk (Dagestan) werden bei einem Selbstmordanschlag acht Menschen getötet.
13.5.2010	Die Ratifizierung des am 8. April 2010 in Prag unterzeichneten Vertrags zur Reduzierung strategischer Offensivwaffen zwischen den USA und Russland wird um drei Wochen verschoben. Geplant ist die gleichzeitige Ratifizierung durch die Legislative beider Länder.
14.5.2010	Ein Moskauer Gericht entscheidet, den ehemaligen JUKOS-Chefs Michail Chodorkowskij sowie den ehemaligen Geschäftsführers von MENATEP, Platon Lebedew, weiter in Haft zu halten.
14.5.2010	Die Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung die Novellierung des Parteiengesetzes. Auf regionaler Ebene können danach Parteien, die die Sperrklausel von 7 % nicht überwinden, ein Mandat erhalten, wenn sie 5–6 % der Wählerstimmen erreichen, und zwei Mandate, wenn sie 6–7 % der Wählerstimmen gewinnen. Des weiteren erhalten diese Abgeordneten eine Reihe von Rechten, die bisher nur Fraktionen zustanden.

14.5.2010	In Meshduretschensk, in der sibirischen Kohleregion Kusbass, protestieren Kohlearbeiter für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne, dabei blockieren sie eine Eisenbahnlinie. Es kommt zu Zusammenstößen mit OMON-Einheiten. 28 Personen werden festgenommen, 17 Sicherheitskräfte verletzt.
16.5.2010	Präsident Dmitrij Medwedew erteilt Spekulationen über eine geplante Fusion von Gazprom und Naftogaz Ukraine eine Absage. Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen könne es geben, eine Vereinigung der beiden ungleich großen Firmen sei jedoch nicht nötig.
16.5.2010	Der »Verband der Kusbass-Einwohner« fordert in einem offenen Brief an den Präsidenten die Umsetzung ihrer sozialen Forderungen. Sie verlangen die Freilassung aller Inhaftierten der Zusammenstöße mit Sicherheitskräften vom Wochenende, eine dreifache Lohnerhöhung und den Abzug der Sondertruppen. http://goloskuzbassa.livejournal.com
17.5.2010	In Grozny wird Lom-Ali Chadshijew, der Leiter der operativen Ermittlungsgruppe 2, für Tschetschenien, durch einen Bombenanschlag getötet.
17.5.2010	In einem Offenen Brief an den Vorsitzenden des Obersten Gerichtes in Russland, Wjatscheslaw Lebedew, kritisiert der ehemalige Jukos-Manager Michail Chodorkowskij seine Haftverlängerung. Seiner Meinung nach verletzt diese Entscheidung eine im April 2010 in Kraft getretene Novellierung des Strafgesetzbuches (Art. 108). Chodorkowskij tritt in einen Hungerstreik.
18.5.2010	Die russische Alkoholregulierungsbehörde legt in Übereinstimmung mit dem Justizministerium die Mindestpreise für Alkohol im Jahr 2010 fest. 0,5 Liter Wodka kosten demnach mindestens 89 Rubel (ca. 2,30 Euro).
18.5.2010	Präsident Dmitrij Medwedew nimmt den Vorstandsvorsitzenden von »Norilsk Nickel«, Alexander Woloschin, in seinen Beraterstab zur Entwicklung des Finanzmarktes auf.
18.5.2010	Russland und die Ukraine gründen eine gemeinsame Firma zum Bau von Antonow-Flugzeugen.
19.5.2010	Im Bergwerk Aleksejewskaja, in der Stadt Leninsk-Kusnezsk im Kusbass, werden zwei Arbeiter nach einem Unfall vermisst.
19.5.2010	Michail Chodorkowskij beendet seinen Hungerstreik. Als Grund nennt er, dass Präsident Dmitrij Medwedew auf sein Anliegen aufmerksam wurde.
20.5.2010	Die russische Schwulen-Bewegung teilt mit, dass die Moskauer Behörden eine für den 29. Mai geplante Gay-Parade im Zentrum Moskaus untersagt haben.
20.5.2010	Das US-Justizministerium übergibt der russischen Generalstaatsanwaltschaft Materialien der Untersuchung zu Verwicklungen von Daimler in Korruptionsfälle in Russland.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de